

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 126. Ratssitzung vom 30. Mai 2012**

### **2760. 2012/135**

**Dringliches Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP) vom 28.03.2012:**

**Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/  
Häringstrasse sowie Anpassung des Nachtfahrverbots**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Marc Bourgeois (FDP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2525/2012): Die an der Zähringerstrasse herrschenden Zustände sind allen bekannt. Die Anwohner und auch die Passanten sind die ganze Nacht Lärmbelästigungen ausgesetzt. Zudem werden auch die Kunden des ansässigen Gewerbes belästigt. Gerade die Hotels leiden unter dem Lärm und der Belästigung ihrer Gäste, die dann vielfach aufgrund dessen die Hotelrechnung nicht begleichen wollen. Die Empfehlungen im Internet tun ihr Übriges dazu. Zusätzlich bereitet den Restaurants die erschwerte Erreichbarkeit aufgrund des erlassenen Nachtfahrverbotes Sorgen.*

*Der Stadtrat wird die Prostitutionsgewerbeverordnung teilweise per 1. Juli 2012 in Kraft setzen. Damit schafft er sich die Möglichkeit, für die Strichzonen sowohl den Ort wie auch die Betriebszeiten festlegen zu können. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, die Betriebszeit in diesem Gebiet auf die vier Stunden um Mitternacht zu beschränken. Damit wird dem Bundesgerichtssentscheid über die Zulassung eines solchen Strichs genüge getan. Gleichzeitig würde dadurch die Situation für die Anwohner und das Gewerbe erträglicher. Sie haben bereits signalisiert, dass sie mit einem solchen Zeitfenster leben könnten. Die Vorteile sind offensichtlich. Der Strassenstrich verliert an Attraktivität. Dadurch dürften die Preise ansteigen, was die Salonprostitution attraktiver macht. Zudem wird in absehbarer Zeit der Strichplatz eingerichtet. Ein Zeitfenster wird es der Polizei leichter machen, dafür zu sorgen, dass der Strichplatz auch wirklich genutzt wird. Die Verkehrsbeschränkungen sollen nur während der Betriebszeit des Strassenstrichs aufrechterhalten werden.*

***Fabienne Nicole Vocat (Grüne)** begründet den von Markus Knauss (Grüne) namens der Grüne-Fraktion am 11. April 2012 gestellten Ablehnungsantrag: Die Grünen sind anscheinend die einzige gewerbefreundliche Partei im Gemeinderat. Die FDP will einem Gewerbe doch tatsächlich ein 20-stündiges Gewerbeverbot auferlegen. Das ist doch absurd. Es muss eine gewisse Gewerbefreiheit herrschen.*

*Mit der kürzlichen Verabschiedung der Prostitutionsgewerbeverordnung ist die Prostitution anderen Gewerbeformen gleichgestellt worden und sollte auch dementsprechend behandelt werden. Natürlich können sich diverse Gewerbearten in die Haare geraten und dieses Problem muss auch gelöst werden; aber nicht mit einem Gewerbeverbot. Zudem hat Marc Bourgeois (FDP) heute bereits selbst darauf hingewiesen, dass man nicht in einer Weltstadt leben, aber gleichzeitig Ruhe wie auf dem Land erwarten kann. Das gilt auch für das Gebiet der Zähringerstrasse.*

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Martin Mächler (EVP):** Die EVP hat sich gegen jegliche Form von Strassenstrich ausgesprochen. Aus diesem Grund begrüssen wir es, wenn dieser an einem solchen sensiblen Ort wenigstens eingeschränkt wird. Komisch erscheint mir aber, dass das Postulat auch noch aufzeigt, wie das Nachtfahrverbot in diesem Bereich genau auszu-sehen hat. Diese Kompetenz sollte meines Erachtens beim Stadtrat liegen und an ei-nem anderen Ort umfassend geregelt werden. Daher beantrage ich als Textänderung, dass der zweite Punkt des Postulats zu streichen ist. Grammatikalisch müsste der erste Punkt auch noch angepasst werden, da es sich dann nur noch um eine Massnahme handelt.

**Sven Oliver Dogwiler (SVP):** Das eingeführte Nachtfahrverbot hat keine Entschärfung der Situation an der Zähringerstrasse gebracht. Das Problem sind auch nicht die nächt-lichen Autofahrten, sondern die Prostituierten, die ihre Dienste vor den Hotels und den Restaurants anbieten, teilweise sehr aggressiv um Freier werben und damit Touristen und Gäste vertreiben. Es überrascht daher nicht, dass das Gastgewerbe markante Um-satzeinbussen zu verzeichnen hat. Bei den Hotelbewertungen wird bereits auf ihre Lage im Red Light District hingewiesen.

Um den Auswüchsen begegnen zu können, mussten die Gewerbetreibenden selber handeln und einen privaten Sicherheitsdienst für monatlich rund 10 000 Franken enga-gieren. Der Stadtrat hat zwar das Gespräch mit den Betroffenen gesucht und auch Bes-serung gelobt. Zudem hat er in Aussicht gestellt, dass die Zähringerstrasse aus dem Strichplan entfernt werden könnte, sollte der Strichplatz in Altstetten vom Volk ange-nommen werden.

Seither ist ausser dem wirkungslosen Nachtfahrverbot leider nichts passiert. Vielmehr wurde im Nachgang zur Abstimmung vom 11. März 2012 gesagt, dass die Zährin-gerstrasse trotz Annahme des Strichplatzes im Strichzonenplan verbleibt, da dort keine Auswüchse zu verzeichnen seien. Sollte die Lage eskalieren, würde die Stadt aber na-türlich sofort eingreifen. Die Zustände an der Zähringerstrasse zeigen, dass der Stadtrat entweder die Situation der Strassenprostitution nicht im Griff oder die Probleme der Be-völkerung nicht erkannt hat.

Der Gemeinderat hat im Frühling 2012 die Prostitutionsgewerbeverordnung genehmigt, die es dem Stadtrat unter anderem erlaubt, den Strichzonenplan anzupassen. Ich zitiere aus § 1: «Die Verordnung dient folgenden Zwecken: a) Schutz der Bevölkerung vor ne-gativen Auswirkungen des Prostitutionsgewerbes.» Der Schutz der Bevölkerung an der Zähringerstrasse ist dringend und zwingend notwendig. Eine komplette Streichung der Zähringerstrasse aus dem Strichzonenplan ist die einzige griffige Massnahme, um die Betroffenen längerfristig und nachhaltig zu entlasten. Bedauerlicherweise ist das aber für den Stadtrat trotz der besorgniserregenden Entwicklung kein Thema.

Die zeitliche Beschränkung, die vom Postulat gefordert wird, bringt leider auch nur eine teilweise Entlastung. Gleichzeitig sind weitere Auswüchse zu befürchten, da die gleiche Zahl der Prostituierten innert weniger Zeit arbeiten müssen.

**Marianne Aubert (SP):** Es besteht Handlungsbedarf. Gleichzeitig existiert aber bereits ein von der Stadt eingesetzter runder Tisch mit dem Quartierverein und dem ansässigen Gewerbe. Mit der neuen Prostitutionsgewerbeverordnung kann der Stadtrat die Betriebszeiten der Strassenprostitution ändern, wenn er dies will und für nötig erachtet. Daher finde ich es richtig, dass eine zeitliche Einschränkung geprüft werden soll. Ich erinnere zudem daran, dass der Strassenstrich an der Zähringerstrasse schon sehr lange existiert und sich an dieser Strecke auch die beiden einzigen Fensterprostitutionssalons in Zürich befinden.

Die SP begrüsst ausdrücklich die Überprüfung der zeitlichen Einschränkung der Strassenprostitution in der Altstadt. Die Kombination mit dem Nachtfahrverbot findet sie aber abenteuerlich. Daher beantragt auch die SP im Sinne einer Textänderung die Streichung des zweiten Punkts des Postulats.

**Marcel Schönbächler (CVP):** Ich pflichte Marc Bourgeois (FDP) bei, dass die Zustände problematisch, ja sogar unzumutbar sind, auch für die Passanten. Ich habe gestern Abend um sechs Uhr die Zentralbibliothek verlassen und bereits haben mehrere Personen angeschafft. Ich habe mich im Kreis 5 gewährt. Die bisherigen Massnahmen haben leider nichts gebracht. Eine vollständige Aufhebung des Strassenstrichs an diesem Ort ist momentan aber auch nicht möglich. Das Anliegen der FDP erscheint mir sinnvoll und sollte pragmatisch geprüft werden. Die zeitliche Einschränkung ist meines Erachtens legitim, da sehr viele andere Interessen dadurch tangiert werden.

**Guido Trevisan (GLP):** Die GLP unterstützt den Vorstoss, sofern Marc Bourgeois (FDP) sich mit der bereits mehrfach geforderten Textänderung einverstanden erklärt. Die GLP hätte diesen Antrag, unabhängig von der EVP und der SP, auch gestellt. Mit einer Motion habe ich zusammen mit Maria Trottmann (GLP) letztes Jahr gefordert, dass der Stadtrat an der Zähringerstrasse nicht zwingend einen Strassenstrich aufrechterhalten muss. Der Vorstoss hat sich auf die Vorschriften zur Strassenprostitution bezogen, die nun von der Prostitutionsgewerbeverordnung abgelöst werden. Damit kann der Stadtrat nun in eigener Kompetenz über die Standorte des Strassenstrichs entscheiden. Wir würden es begrüssen, wenn ein weniger zentral gelegener Standort wie die Langstrasse, wo das horizontale Gewerbe schon lange akzeptiert ist, als Alternative geprüft würde.

Die GLP unterstützt den Vorstoss der FDP aus drei Gründen: Die Umsetzung der Forderung hätte kürzere Betriebszeiten zur Folge und damit eine lenkende Wirkung. Denn dadurch würde die Salonprostitution aus ökonomischen Gründen an Attraktivität gewinnen. Aufgrund der Polizeiverordnung muss im Winter ab 22.00 und im Sommer ab 23.00 Uhr Ruhe vor Ort herrschen, da ansonsten Nachruhestörung geltend gemacht werden kann. Die Gäste sollen bis dann ungestört draussen sitzen können. Zudem ist es nicht die Aufgabe von Privaten, für Recht und Ordnung zu sorgen und dafür auch noch Geld ausgeben zu müssen.

Die GLP stellt den gleichen Textänderungsantrag wie die EVP. Dadurch ist die zeitliche Einschränkung identisch mit den Nachtfahrverboten auf den umliegenden Plätzen und Strassen. Zudem bringt dies für das umliegende Gewerbe mehr Verweilqualität für die Gäste.

**Mauro Tuena (SVP):** Die Begeisterung der SVP für das Postulat der FDP hält sich in Grenzen. Wir waren schon immer der Meinung, dass die Zähringerstrasse aus dem Strichzonenplan entfernt werden muss. Nicht nur aus den bereits mehrfach genannten Gründen, sondern weil es sich auch um ein Problemgebiet handelt. Für eine Strichzone ist das Gebiet nicht geeignet, da es zu nahe am Niederdorf liegt. Immerhin verkehren dort sehr viele junge Menschen. Die Stadtpolizei gibt selbst zu, dass sich an der Zähringerstrasse sehr viele junge Menschen aus Neugier und Spass tummeln und auf schnellen und billigen Sex hoffen.

Ich muss Marc Bourgeois (FDP) noch korrigieren. Die Betroffenen wollen eigentlich noch viel mehr, als im Postulat gefordert wird. Das ist für sie nur das Mindeste. Die Textänderung wird von der SVP zähneknirschend mitgetragen. Die Grundbotschaft an den Stadtrat bzw. an den Polizeivorsteher Daniel Leupi ist aber: Die Zähringerstrasse gehört mittelfristig aus dem Strichzonenplan entfernt bzw. soll ersatzlos gestrichen werden. Ist der Stadtrat dazu nicht bereit, auch wenn die Prostitutionsgewerbeverordnung vollständig in Kraft gesetzt ist, werden wir entsprechende Vorstösse lancieren und einreichen.

**Michael Schmid (FDP):** Die Prostitutionsgewerbeverordnung wurde vom Gemeinderat als Teil eines Gesamtpakets verabschiedet. Dazu mussten einige auch über gewisse ideologische Schatten springen. Eine von der Verordnung vorgesehene Massnahme ist die zeitliche Einschränkung des Strassenstrichs. Eine solche bietet sich im Gebiet der Zähringerstrasse als Sofortmassnahme an. Natürlich muss dann trotzdem eine detaillierte Beurteilung der Situation vorgenommen werden.

**Alecs Recher (AL):** Mir scheint, dass Marc Bourgeois (FDP) diesen Vorstoss aufgrund der Hoteliers und Gastronomen eingereicht hat. Dass dadurch ein anderes Gewerbe eingeschränkt wird und dies nicht wirklich liberal ist, ist ihm anscheinend egal. Ich störe mich daran, wie dieser Rat mit der Prostitution umgeht. Es wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass es dabei nicht nur um Repression geht. Bereits bei der Beratung der Verordnung haben wir darauf hingewiesen, dass sie zu stark zu Verboten neigt. Dieser Vorstoss ist jetzt der erste Nagel in dieser Richtung, der eingeschlagen werden soll. Wir sind immer noch der Ansicht, dass die Prostitution solange existiert, wie auch die Nachfrage danach besteht. Zudem findet sie immer an zentralen Orten statt. Das ist auch in anderen Städten so. Es ist ein Phänomen dieser Stadt und dieses soll auch im Kreis 1 seinen Platz haben. Mit der Verdrängung an die Peripherie senden wir die Botschaft aus, dass es sich bei der Prostitution um ein Tabu handelt und wir möglichst nicht hinschauen wollen. Zudem gefährden wir damit sowohl die Freier als auch die Sexarbeiterinnen und -arbeiter. Das ist das falsche Signal. Lehnen Sie diesen Vorstoss bitte ab.

**Fabienne Nicole Vocat (Grüne):** Es besteht ein Problem an der Zähringerstrasse. Diskutiert wird aber über die unsägliche Lösung der FDP, die 80 Prozent der Arbeitszeit der Prostituierten einschränken bzw. verbieten möchte.

Wenn sich Marcel Schönbächler (CVP) an der Zähringerstrasse wie am Sihlquai wähnt, ist dies logisch, da es sich bei beiden Gebieten um einen Strassenstrich handelt. Mit der Verordnung hat der Gemeinderat dem Stadtrat die Kompetenz zur Festlegung des

Strichplans übertragen. Nun soll dies durchs Hintertürchen rückgängig gemacht werden, indem der Stadtrat diese Kompetenz nur dann ausüben darf, wenn er dies im Sinne des Gemeinderats tut. Konsequenterweise hätte sich der Gemeinderat diese Kompetenz selbst übertragen müssen, wenn er bestimmen möchte, wo der Strassenstrich stattfinden darf.

**Marc Bourgeois (FDP):** Die Forderung des Postulats ist eine Sofortmassnahme, aber natürlich keine definitive Lösung. Ob die definitive Streichung des Strassenstrichs an der Zähringerstrasse überhaupt erwünscht ist, ist eine andere Frage. Immerhin findet dort die Strassenprostitution schon längere Zeit statt. Die Anwohnerschaft ist in dieser Frage geteilter Ansicht.

Bezüglich der zeitlichen Einschränkung kann auch auf das Sihlquai mit längeren Betriebszeiten ausgewichen werden. Ich erinnere daran, dass die Verordnung die Massnahme einer zeitlichen Einschränkung vorsieht. Unser Postulat ist lediglich als Anregung zu verstehen. Stadtrat Daniel Leupi entscheidet schliesslich, wie er dies handhaben will. Grundsätzlich störe ich mich daran, dass in dieser Stadt aus jedem Sachthema eine Verkehrsfrage gemacht wird. Durch die dadurch ausgelösten Reaktionen wird die ganze Stadt blockiert. Ich sehe keinen sachlichen Grund für ein Nachtfahrverbot an der Zähringerstrasse. Stadtrat Daniel Leupi hat mir in der Vergangenheit bereits zweimal versichert, dass das Nachtfahrverbot wegfallen werde, wenn der Strich ebenfalls entfernt wird, da diese beiden Punkte zusammenhängen. Aus diesem Grund sind Michael Schmid (FDP) und ich mit dem Textänderungsantrag einverstanden. Ich erinnere den Stadtrat daran, dass die Parkplätze an der Zähringerstrasse, die während der Hälfte des Tages nicht zugänglich sind, irgendwann nicht mehr unter den historischen Parkplatzkompromiss fallen.

**Samuel Dubno (GLP):** Ich finde die bisherige Debatte sehr unterhaltsam, da sie voller Widersprüche ist. Die Freisinnigen wollen eine Einschränkung, obwohl sie sich sonst vehement dagegen wehren, während die Linken sich in diesem Fall für eine Liberalisierung einsetzen, obschon sie sonst für eine Einschränkung plädieren würden. Zudem hat Marc Bourgeois (FDP) die Verknüpfung dieses Anliegens mit einer Verkehrsfrage mit dem zweiten Punkt seines Postulats selbst zu verantworten.

**Mauro Tuena (SVP):** Ich will die Prostitution aus dem Kreis 1 nicht verbannen. Macht man sich im Internet schlau, wird ersichtlich, dass sich im Kreis 1 einige Milieuclubs befinden. Niemand hat gesagt, dass diese auch entfernt werden müssten. Die SVP-Fraktion hat aber immer die Meinung vertreten, dass die Strassenprostitution wohl die schlechteste Form der Prostitution, sowohl für die Frauen und die Männer wie auch für die Umgebung, ist. Daher muss es das Ziel sein, die Strassenprostitution auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Die Stadt müsste sich allerdings überlegen, ob sie dazu nicht die Paragraphen in der Bauordnung entsprechend lockern sollte, damit die Prostitution per se an kontrollierbaren Orten stattfinden kann. Meines Erachtens wäre die Prostitution für alle Beteiligten am besten in Häusern aufgehoben.

6 / 6

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Ich schliesse nicht aus, dass die Freier ein wenig anders ticken, wie sich dies der Gemeinderat vielleicht vorstellt. Mit der Entgegennahme des Postulats signalisiert der Stadtrat, dass er die Situation an der Zähringerstrasse beobachtet und sich bewusst ist, dass sie alles andere als optimal ist. Der Stadtrat hat betont, dass keine Massnahme ein Allerheilmittel ist. Zudem muss ich leider die Illusion zerstören, dass eine Strichplananpassung eine schnelle Sache ist. Dagegen können Rechtsmittel ergriffen werden. Ich möchte zudem darauf hinweisen, dass gewisse Salonbetriebe sich einfach ihr Recht ersessen haben bzw. ihre Existenz solange währt, wie die Hausbesitzer diese dulden.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie unmittelbar nach Inkraftsetzung der Prostitutionsgewerbeverordnung die folgenden Massnahmen getroffen werden kann:

- Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/Häringstrasse auf die Zeit zwischen 22:00 Uhr und 02:00 Uhr (gestützt auf PGVO Art. 7).
- ~~Anpassung des Nachfahrverbots an der Zähringerstrasse auf die Zeitspanne zwischen 1 h vor bis 1 h nach den zugelassenen Betriebszeiten des Strassenstrichs.~~

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 94 gegen 20 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat